

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX

Fabian Kaiser

Die Sektoruntersuchung E-Commerce und Follow-Up Aktivitäten der Europäischen Kommission

I.	Einleitung	3
II.	Gegenstand und wesentliche Schritte der Sektoruntersuchung	6
III.	Wesentliche Erkenntnisse im Bereich des Handels mit Verbrauchsgütern	7
	A. Erhöhte Preistransparenz und Preiswettbewerb	7
	B. Unterschiedliche Interessenlagen von Herstellern und Händlern und die Sorge vor Trittbrettfahrerverhalten	8
	C. Entwicklung des Onlinehandels und Auswirkungen auf Vertriebsstrategien der Hersteller	10
	1. Direktverkauf durch Hersteller	10
	2. Zunahme des Selektivvertriebs	11
	3. Zunahme vertikaler Beschränkungen in Vertriebsverträgen	12
	a. Territoriale Beschränkungen	13
	b. Preisbezogene Maßnahmen	14
	c. Doppelpreissysteme	15
	d. Plattformverbote	16
IV.	Wesentliche Erkenntnisse im Bereich der digitalen Inhalte	19
	A. Marktentwicklung	19
	B. Lizenzumfang und vertragliche Beschränkungen	20
	1. Bündelung von Übertragungstechnologien	20
	2. Geoblocking und territoriale Exklusivität	21
	3. Lizenzdauer	21
V.	Schlussfolgerungen der Kommission	22

VI.	Follow-Up Aktivitäten der Europäischen Kommission	22
	A. Videospiele	22
	B. Hotelpreise	23
	C. Merchandising	23
	D. Vertriebspraktiken von Guess	24
	E. Vertikale Preisbindung bei Unterhaltungselektronik	24
VII.	Fazit und Ausblick	25

Teresa Eckhard

Kartellrechtsvollzug im digitalen Wettbewerb

Jüngste Entscheidungen und Ausblick

I.	Toolbox Kartellrecht	27
	A. Einleitung	27
	B. Kartellverbot	28
	C. Marktmachtsmissbrauchsverbot	29
	D. Zusammenschlusskontrolle	30
II.	Eturas	31
	A. Hintergrund und Ermittlungsergebnis	31
	B. Entscheidung des Wettbewerbsrates und Argumente der Parteien	32
	C. EuGH Urteil	32
III.	Coty	34
	A. Hintergrund und Vorlagefragen	34
	B. Schlussanträge GA Wahl	35
	C. Kritik	37
IV.	Google	38
	A. Überblick über die Verfahren	39
	B. Google Search (Shopping): Hintergrund und Entscheidung	40
	C. Google Search (Shopping): Ausblick	41
V.	Neue Aufgriffsschwelle in der Fusionskontrolle- Transaktionswert	42
VI.	Fallpraxis BWB im Bereich E-Commerce	45
VII.	Ausblick	46
	A. dtBKartA Ermittlungen in Sachen Facebook	46
	B. Überblick: Marktuntersuchungen	47

Alexander Hiersche

Big Data und Algorithmen im Wettbewerbsrecht - Ist das Wettbewerbsrecht noch »fit for purpose«?

I.	Einleitung	49
II.	Big Data	51
	A. Datenakkumulation und Zugang zu Daten	52
	1. Vorbemerkung: Daten als Produkt und Einsatzmittel	52
	2. Daten im Lichte des Kartellverbots	53
	3. Daten im Lichte der Missbrauchskontrolle	55
	a. Zugangsverweigerung – Daten als essential facility?	55
	b. Diskriminierung, Kopplungen und Exklusivvereinbarungen	57
	4. Daten in der Fusionskontrolle	58
	5. Effizienzen durch »data sharing«	61
	6. Würdigung	62
	B. Datenschutz	63
III.	Algorithmen	66
	A. Algorithmen als Mittel zur Umsetzung von Vereinbarungen	67
	B. »Algorithm-fueled Hub and Spoke« und price signalling	69
	C. Markttransparenz durch Algorithmen und bewusstes Parallelverhalten	71
	D. Autonom operierende Algorithmen und Fragen der Zurechnung	72
IV.	Fazit	74

Hanno Wollmann

Wettbewerb durch Sharing Economy – Chancen und Risiken

I.	Einleitung	75
II.	Marktzugang	79
	A. Anforderungen an Plattformbetreiber	80
	B. Anforderungen an die Dienstleistungserbringer	83

XII Inhaltsverzeichnis

III.	Haftung	86
IV.	Verbraucherschutz	87
V.	Soziale Schutzrechte	88
VI.	Besteuerung	89
VII.	Schlussbetrachtungen	90

Wolfgang Faber

**Zivilrechtliche Aspekte des Onlinehandels
im Binnenmarkt**

I.	Themenstellung	93
II.	Ausgangslage	94
	A. Anwendbares Recht und internationale Zuständigkeit	94
	B. Bestehende Probleme aus Unternehmer- und Verbrauchersicht	98
	C. Lösungskonzepte und Maßnahmen der EU im Überblick	101
	1. Bisherige EU-Legislativmaßnahmen mit Relevanz für den E-Commerce	101
	2. Verbraucherschutz und Binnenmarkt, von der Mindest- zur Vollharmonisierung	105
	3. Jüngere Rechtssetzungsprojekte	107
III.	Aktuell geplante und denkbare Legislativmaßnahmen größeren Umfangs	111
	A. Richtlinienentwürfe zum Gewährleistungsrecht	112
	1. Kurze inhaltliche Bewertung der Entwürfe	112
	2. Regelungslücken	115
	B. Abschaffung von Art 6 Abs 2 Rom I-VO?	118
	C. Die neue Geoblocking-VO	119
	1. Allgemeines	119
	2. Relevante Regelungen der Geoblocking-VO	122
	3. Kritik	126
	D. Exkurs: Weitergehender Kontrahierungszwang?	130
IV.	Nachjustieren bei bestehenden Regelungen?	131
	A. Vorvertragliche Informationspflichten	132
	B. Rücktrittsrecht und Rücktrittsfolgen	133
V.	Schlussfolgerungen	135

Robert Rebhahn †

**Soll und kann die Arbeitnehmerfreizügigkeit
beschränkt werden**

I.	Einleitung	139
II.	Inwieweit bindet die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch den Unionsgesetzgeber?	142
III.	Zugang zu Arbeit in anderem Mitgliedstaat	143
	A. Soll der Zugang beschränkt werden?	144
	B. »Kann« der Zugang beschränkt werden?	145
	1. Grundlagen	145
	2. Beschränkung wegen hoher Lohnunterschiede? ...	147
	3. Beschränkung wegen hoher Arbeitslosigkeit und Migration?	148
IV.	Gleichbehandlung in der Arbeitsbeziehung	149
	A. Arbeits- und Sozialbedingungen des Aufnahmelandes	149
	B. Beschränkung der Entsendungen selbst	150
V.	Annexrechte der Freizügigkeit	152
	A. Begünstigte Personen – (zu) weiter AN-Begriff	152
	1. (Keine) Echte wirtschaftliche Tätigkeit	152
	2. Verlängerung des Aufenthaltsrechts	153
	3. Einschränkung?	154
	B. Gleichbehandlung, insb bei Sozialleistungen	155
	1. Einschränkung wegen mangelnder Verbindung zum Leistungsland	156
	2. Einschränkung bei Familienleistungen?	158
	C. Vorwirkungen – Arbeitssuchende	160
VI.	Schlussbemerkung	160

Hubert Isak

Zukunft der GSVP nach Trump, Brexit und Flüchtlingskrise

I.	Einleitung	163
II.	Rechtliche Grundlagen und Praxis der GSVP bis 2016	167
	A. Primärrecht Art 42-46 EUV	167
	B. GSVP in der Praxis	172
	C. Finanzierung der GSVP bzw von Missionen/Operationen	176

III.	Die Reaktion der EU	178
A.	Überlegungen zur Stärkung der GSVP seit 2013	178
B.	Pläne und Maßnahmen zur Umsetzung der neuen Konzepte	179
1.	Aktionsplan zur Umsetzung der EUGS im Bereich Verteidigung und Sicherheit	180
2.	Europäischer Verteidigungsaktionsplan	181
3.	Verstärkte EU-NATO-Kooperation	182
a.	Kritik Trumps an mangelndem Engagement der Europäer in der NATO	182
b.	Die Finanzregelung der NATO	184
c.	Gemeinsame Erklärung EU-NATO vom 8.7.2016	186
C.	Das »Verteidigungs-Paket« des Europäischen Rates vom 15. Dezember 2016 und seine Umsetzung	187
IV.	2017 – Jahr der beginnenden Umsetzung	188
A.	Verbesserung der militärischen Krisenbewältigungsstrukturen – Militärischer Planungs- und Durchführungsstab (MPCC)	190
B.	Verstärkung der militärischen Krisenreaktion – Battle groups	191
C.	Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit	192
1.	Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung – CARD	192
2.	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – SSZ/PESCO	193
a.	Gegenstand der SSZ	193
b.	Verfahren	194
c.	Die Begründung der SSZ 2017	196
(i.)	»Mitteilung« der teilnehmenden Mitgliedstaaten vom 13.11.2017	196
(ii.)	Der PESCO-Beschluss des Rates vom 11.12.2017	197
(iii.)	Beteiligung Österreichs an der SSZ	200
3.	Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Kommission	203
a.	Europäischer Verteidigungsfonds	203
b.	Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich	204

c. Beschaffungswesen	205
4. Zivile GSVP	206
D. Verstärkung der GSVP-Zusammenarbeit mit und Aufbau der Kapazitäten von Partnerländern	207
1. Strategischer Ansatz	207
2. Train & Equip/ Capacity Building for Security and Development (CBSD)	208
3. Instrument, das zu Stabilität und Frieden beiträgt	208
V. GSVP und Brexit	210
VI. GSVP und Migration	213
VII. Schlussfolgerungen	215

Eva Lichtenberger

Institutionenreform im Rahmen der bestehenden Verträge und darüber hinaus

I. Der Verfassungskonvent und seine Folgen	219
II. Brauchen wir also einen neuen Konvent?	222
A. Die Debatte um die »Soziale Säule«	222
B. Der Spitzenkandidat oder die Politisierung der Kommission	225
C. Die zunehmende Dominanz des Rates	227
D. Die Rolle der nationalen Parlamente	229
1. Exkurs: Beispiel Österreich	229
2. Mehr als Subsidiaritätskontrolle – Eine »green card« für nationale Parlamente?	231
III. Perspektiven für notwendige Reformen	235

Egils Levits

Die Europäische Union als Wertegemeinschaft Art 2 iVm Art 7 des Vertrages über die Europäische Union als Grundlage und Begrenzung des Staatsordnungsmodells des demokratischen Verfassungsstaates der Mitgliedstaaten

I. Die Werte als Grundlage des Staates	239
II. Die Werte als Grundlage der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten	243
A. Werte im Art 2 EUV	243
B. Grundprinzipien der Gesellschaft gem Art 2 Satz 2 EUV	244

C.	Gebot der verfassungsrechtlichen Homogenität der Mitgliedstaaten gem Art 2 Satz 2 EUV	245
D.	System der Werte des Art 2 Satz 1 EUV	247
E.	Verhältnis der Werte zueinander	249
III.	Das Verhältnis zwischen den Werten der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit	250
IV.	Die neuen Herausforderungen des demokratischen Verfassungsstaates	255
V.	Art 7 EUV als äußerer Rahmen für das Modell des demokratischen Verfassungsstaates	260
A.	Das Verfahren nach Art 7 Abs 2 EUV als Kompatibilitätsprüfungsverfahren	260
B.	Das methodologische Vorgehen im Verfahren nach Art 7 EUV	265
VI.	Schlussbetrachtung	269

Gerda Falkner

**Kontrolle der Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts:
Reformerfordernisse in Zeiten der Krise?**

I.	Einleitung	271
II.	Vertragsverletzungsverfahren und das Rätsel der abnehmenden Klagen beim EuGH	272
III.	Häufigkeit und Ergebnisse von Vertragsverletzungsverfahren	278
IV.	Vertragsverletzungsurteile: Felder und Hintergründe	282
V.	Conclusio	287
VI.	Bibliographie	289

Andreas J. Kumin und Sebastian Schneider

Bericht aus der Praxis – Fortschrittsbericht zu BREXIT

I.	Einleitung	293
II.	Seit Herbst 2016 geklärte Fragen und getroffene Festlegungen	294
A.	Vereinigtes Königreich	294
B.	Europäische Union	296
III.	Organisation der Verhandlungen	301

IV.	Vorläufige Einschätzung der bisherigen Verhandlungen ...	303
	A. Finanzielle Regelungen	303
	B. Die Rolle des EuGH	304
	C. Rechte der Bürgerinnen und Bürger	305
	D. Weitere Problempunkte	306
V.	Fazit	307

Elizaveta Samoiloova

Die Zuständigkeiten des EuGH in der GASP

Ein Kommentar zur EuGH Rechtssache C-72/15, Rosneft

I.	Einleitung	309
II.	Primärrechtliche Grundlagen	310
III.	Jüngere Rechtsprechung des EuGH zu Art 24 EUV und Art 275 AEUV	312
IV.	Die Rechtssache Rosneft (C-72/15)	313
	A. Ausgangssachverhalt	314
	B. Vorbringen der Parteien	315
	C. Würdigung durch den Gerichtshof	318
V.	Ausgewählte Rechtsfragen des Urteils Rosneft	321
	A. Die acte de gouvernement-Doktrin – ein Teil des Unionsrechts?	321
	1. Rechtshistorischer Hintergrund	321
	2. Positive und negative Aspekte	323
	3. Beachtung durch den EuGH?	326
	4. Zwischenfazit	327
	B. Vorabentscheidungsverfahren in Angelegenheiten der GASP – eine Ausweitung der EuGH-Kontrollbefugnisse?	328
	1. Vorbemerkungen	328
	2. Auslegungsvarianten der zweiten Gegen Ausnahme des Art 275 Abs 2 AEUV	329
	3. Materieller vs formaler Ansatz	332
	4. Argumente des Gerichtshofs zur Schließung von Rechtsschutzlücken	333
	5. Zwischenfazit	338
	C. Folgen für einen Beitritt der EU zu EMRK	339
	1. Verbleibende Rechtsschutzlücken	339
	2. Lösungsmöglichkeiten	342

a.	Beschränkung der Ausnahme nach Art 275 Abs 1 AEUV	342
b.	Ausdehnung der zweiten Gegen Ausnahme des Art 275 Abs 2 AEUV	343
c.	Änderung der EU-Verträge	343
VI.	Fazit	344

*Cornelia Lanser • Corinna Potocnik-Manzouri • Johannes
Safron • Franziska Tillian • Nikolaus Wieser*

**Europas Herausforderungen: Der Alte Kontinent im Wandel
oder bloß neuem Gewande? - Tagungsbericht**

I.	Neue Herausforderungen für den digitalen Wettbewerb ..	347
II.	Auf dem Weg zu einem digitalen Binnenmarkt	352
III.	Frischer Wind in einzelnen Politiken	357
IV.	Institutionenreform, Wertegemeinschaft und Unionspolitik in der Krise	360
V.	Brexit und GASP: Blick auf aktuelle Herausforderungen ...	367
	Autoren und Herausgeber	371